

23. TAGUNG

Straßburg, 16.-18. Oktober 2012

Jugend und Demokratie: Das veränderte politische Engagement junger Menschen

Entschließung 346 (2012)¹

1. Die soziale und demografische Struktur der europäischen Gesellschaften verändert sich; die Menschen leben länger und die Bevölkerungszahl nimmt aufgrund geringerer Geburtsraten ab. Daher wird die Jugend in der Zukunft eine Minderheit in einer überalterten Gesellschaft sein, ihr Einfluss innerhalb des demokratischen Systems wird abnehmen, Jugendthemen und -bedürfnisse könnten in den politischen Debatten und Entscheidungsprozessen an Gewicht verlieren. Diese wahrgenommene politische Marginalisierung könnte zu politischer Frustration und zu Misstrauen bei jungen Menschen führen.

2. Junge Menschen sehen sich, angesichts eines immer schwierigeren Übergangs in die Berufs- und Erwachsenenwelt, Frustrationen ausgesetzt. Die Eingliederung in den Arbeitsmarkt ist für Jugendliche eine der wichtigsten Entwicklungsaufgaben auf ihrem Weg zu Selbständigkeit und Unabhängigkeit, allerdings hat sich der Arbeitsmarkt rapide verändert, Flexibilität und Jobs fehlen und es werden höhere Qualifikationen verlangt. Die Eingliederung in den Arbeitsmarkt ist für Jugendliche insbesondere seit 2008 schwieriger geworden, als die Jugendarbeitslosigkeit wegen der aktuellen Wirtschaftskrise erheblich anstieg. Hohe Qualifikationen garantieren keinen Arbeitsplatz mehr. Der Zugang zum Arbeitsmarkt ist nicht nur für junge Menschen schwierig, denen eine allgemeine oder berufliche Ausbildung fehlt, sondern auch für jene, die höhere Abschlüsse vorweisen können.

3. Die Erfahrung der Arbeitslosigkeit, der beruflichen Unsicherheit und der prekären sozialen Integration können zu Demotivierung, einem geringen Selbstbewusstsein, psychologischem Stress, körperlichen Symptomen, einem vermehrten Alkoholkonsum, kriminellen Verhalten, einer Minimierung von Plänen oder zu Resignation führen.

4. Das Interesse junger Menschen an der konventionellen politischen Partizipation, wie z. B. die Teilnahme an Wahlen, hat in den letzten Jahren aufgrund einer steigenden Desillusionierung und eines wachsenden Zynismus abgenommen. Dies bedeutet aber nicht, dass die jungen Menschen gar kein Interesse mehr hätten; sie engagieren sich nach wie vor demokratisch und bürgerschaftlich, und sie glauben immer noch an die demokratischen Werte. Junge Menschen engagieren sich in anderen Formen demokratischen Handelns, die ihrem eigenen Verständnis von Demokratie und Bürgerschaft entsprechen. Junge Menschen identifizieren sich immer noch mit ihrer Gesellschaft und sind immer noch bereit sich zu engagieren; das Wichtigste ist, sich Gehör zu verschaffen.

5. Neueren, informelleren Partizipationsformen wird der Vorzug gegeben, z. B. Internet, themenbezogene Partizipation, wie das Unterzeichnen von Petitionen oder die spontane Teilnahme an Demonstrationen, und Verbraucherverhalten, z. B. das Einkaufen nach politischen Erwägungen. Die neuen Technologien und sozialen Netzwerke im Internet, wie Facebook und Twitter, bieten jungen Menschen umfangreiche Möglichkeiten für eine persönliche Politik und für das Mobilisieren für politische Aktionen über Gemeinschaften und Grenzen hinweg.

¹ Diskussion und Annahme durch den Kongress am 17. Oktober 2012, 2. Sitzung (siehe Dokument [CG\(23\)9](#), Begründungstext), vorgestellt von H. Bozatlı, Türkei (R, EVP/CD) im Auftrag von E. Ampe, Belgien (R, ULDG), Berichterstatterin.

6. Kinder und Jugendliche unter 18 haben keine volle politische Bürgerschaft, so haben sie z. B. in den meisten Mitgliedstaaten kein Wahlrecht, was zu einer Unterrepräsentierung dieser Gruppe in den Parlamenten, sowohl national als auch regional, und Stadträten führt. Junge Menschen werden dadurch vom politischen Prozess marginalisiert und eher als „politische Lehrlinge“, denn als „politische Akteure“ behandelt. Wenn junge Menschen nicht das Gefühl haben, aktiv am politischen Prozess teilzunehmen, werden sie andere Wege finden, um sich Gehör zu verschaffen. Die zuletzt stattgefundenen Demonstrationen, Proteste und Unruhen in vielen europäischen Staaten können als Antwort dieser jungen Menschen auf ein politisches System gesehen werden, das ihnen ihrer Meinung nach keinen echten Anteil an der Macht und keine volle Bürgerschaft einräumt.

7. Junge Menschen sollten in den Bildungseinrichtungen, wie z. B. Schulen, über Demokratie und Partizipation lernen. Aus diesem Grund wurde die politische Bildung zu einem zentralen Aspekt der Bildung. Sie lernen auch durch informelle Bildung, die sie anderweitig beziehen, über Bürgerschaft, so z. B. örtliche Jugendclubs und zivile Organisationen, und durch die Partizipation an kommunalen und regionalen Jugendbeiräten und Jugendparlamenten. Hier lernen junge Menschen, was demokratische Partizipation bedeutet: Durch das Wählen von Klassenvertretern, Treffen mit kommunalen Politikern und engagierten Bürgern vor Ort, das Arbeiten an kommunal orientierten Dienstleistungsprojekten oder die Teilnahme an Jugendparlamenten in der Gemeinde.

8. Junge Menschen wollen gehört werden und eine echte Rolle bei der Entscheidungsfindung in ihren Gesellschaften spielen. Der beste Weg hierfür ist eine Stärkung ihrer sozialen Integration durch das Teilen wirtschaftlicher, sozialer und politischer Macht mit ihnen und die Gewährung voller Bürgerschaft und eines vollständigen Zugangs zu Arbeitsplätzen. Aufgrund der Nähe zu den Bürgern sind die kommunalen und regionalen Ebenen am besten geeignet, dies zu erreichen.

9. Der Kongress der Gemeinden und Regionen Europas fordert daher die kommunalen und regionalen Gebietskörperschaften auf:

a. sicherzustellen, dass junge Menschen, die die Schulpflicht abgeschlossen haben, ein geeignetes Angebot für eine Weiterbildung oder Ausbildung an einer Schule, einer Universität oder Berufsschule erhalten, gemäß des britischen „September-Garantie“-Verfahrens, damit sie an den Arbeitsmarkt angepasste Kompetenzen entwickeln können, um so ihren Zugang zu diesem Arbeitsmarkt zu erleichtern;

b. mit der örtlichen Geschäftswelt zu kooperieren und diese zu unterstützen, wenn diese Arbeitsstellen, Ausbildungsplätze oder Praktika anbieten, um berufliche Fähigkeiten zu entwickeln und die Vermittelbarkeit von jungen Menschen zu erhöhen, insbesondere von benachteiligten Jugendlichen;

c. Unternehmertum durch entsprechende Finanzierungsbedingungen und den Zugang zu Gründerzentren zu unterstützen, indem man Unternehmertum in den schulischen Lehrplan und die berufliche Bildung aufnimmt, und indem man mit den Geschäftspartnern vor Ort kooperiert;

d. den jungen Menschen Möglichkeiten für einen strukturierten Dialog mit den kommunalen und regionalen Stellen und die Beteiligung an der Politik und an der Entscheidungsfindung anzubieten, indem man gemeinsame Entscheidungsmechanismen einrichtet, die das Ko-Management-System des Europarats widerspiegeln, in Form gemeinsamer Beiräte, die aus gewählten kommunalen/regionalen Räten und Jugendvertretern bestehen;

e. eine Kommunalpolitik für Freiwilligenarbeit zu verabschieden, jedoch mit der Absicherung, dass diese keine regulär bezahlte Beschäftigung ersetzt, um junge Menschen in die Lage zu versetzen, persönliche und berufliche Kompetenzen zu erwerben;

f. den Bekanntheitsgrad der überarbeiteten Europäischen Charta über die Partizipation junger Menschen am Leben der Gemeinde und Regionen zu erhöhen und deren Umsetzung zu gewährleisten.

10. Der Kongress erinnert an seine Vorschläge an die Gemeinden und Regionen bezüglich verbesserter Beschäftigungsaussichten für junge Menschen aus benachteiligten Stadtteilen, die in Absatz 9 seiner Entschließung 319 (2010) enthalten sind.

11. Der Kongress ruft die Mitgliedstaaten des Europarats auf, junge Menschen in ihre nationalen Delegationen beim Kongress aufzunehmen, als volle oder stellvertretende Mitglieder.

12. Der Kongress ruft den Koordinator für die Europäische Woche der lokalen Demokratie auf, den Vorschlag einzureichen, eine zukünftige Ausgabe der Woche den Themen Jugend, Jugendpartizipation und Förderung des Zugangs junger Menschen zu Menschen- und Sozialrechten zu widmen.

13. Der Kongress begrüßt das gestiegene Engagement der Europäischen Union, die Arbeitslosenrate bei Jugendlichen zu senken, wie in der Erklärung der Mitglieder des Europäischen Rates vom 30. Januar 2012 zu sehen, insbesondere die „Youth Opportunities Initiative“ der Kommission.